

NATO-Gipfel 2009 - Nichts Genaues weiß man nicht

Karlsruhe/Baden-Baden (rwo) - Noch 71 Tage bis zum NATO-Gipfel in Baden-Baden, Kehl und Straßburg, aber noch sind keine Details über den Ablauf bekannt. Dies teilte die Polizeidirektion in Baden-Baden am Donnerstag in einem Pressegespräch mit.

Der Leiter der Polizeidirektion Rastatt, Kriminaldirektor Kurt Wintermantel, und der Pressesprecher der "Besonderen Aufbau Organisation Atlantik" (BAO Atlantik), Kriminaloberrat Matthias Zeiser, informierten über die polizeilichen Vorbereitungen des bevorstehenden NATO-Gipfels am 3. und 4. April. Die Gesamtleitung der BAO Atlantik liegt in Freiburg. Für Baden-Baden wurde ein eigener Einsatzabschnitt Rastatt/Baden Baden gebildet.

Noch keine genauen Pläne

Das Regierungspräsidium in Karlsruhe trägt die Verantwortung für den gesamten Bereich der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr, was insbesondere Regelungen um das Versammlungsrecht betrifft. Die Versammlungsfreiheit friedlicher Gruppen soll gewährleistet werden. Gewaltbereite sollen dagegen keine Chance bekommen.

Detaillierte Pläne können im Moment noch nicht ausgearbeitet werden, weil die Polizeistellen auf die entsprechenden Vorgaben von politischer Seite warten. Hier harrt man noch der Abstimmung zwischen der NATO, der deutschen Seite, in diesem Fall des Auswärtigen Amtes, und der französischen Seite, die sich über den genauen Ablauf noch nicht verständigt haben. Die Leitung der BAO verfügt bis dato weder über ein genaues Veranstaltungsprogramm noch über einen Zeitplan, wann die Delegationen anreisen werden, oder Angaben zu den Lokalitäten der Unterkünfte. Deshalb spielt man derzeit verschiedenste Szenarien durch, um für jede mögliche Variante gerüstet zu sein.

Baden-Baden "Zweite Wahl"

Eine Vielzahl von Behörden ist einbezogen. Zunächst sollte Baden-Baden nur zum erweiterten Einsatzraum gehören. Seit dem 14. Oktober 2008 ist bekannt, dass der Gipfel auch in der Kurstadt tagen wird. Mitte November letzten Jahres begannen dort die Vorbereitungen für den umfassenden Schutzauftrag. In Baden-Baden sind allein zwei Stockwerke im Polizeigebäude und 28 Beamte ausschließlich mit dem Thema befasst. Erfahrungen aus anderen Großereignissen wie dem G8-Gipfel 2008 in Heiligendamm oder dem Besuch von George W. Bush in Mainz werden einbezogen.

Richtige Entscheidung?

Mit Sicherheit vorhergesagt werden kann schon jetzt, dass es zu erheblichen Verkehrsbehinderung in der Zeit des Gipfels kommen wird. Das betrifft nicht nur die Kernstadt Baden-Baden selbst, sondern auch die gesamte Region, insbesondere die

umliegenden Flughäfen: Der Baden-Airport wird betroffen sein, aber auch die Flugplätze in Kehl und in Lahr.

26 Delegationen werden erwartet mit zahlreichen Staats- und Regierungschefs, darunter auch der amerikanische Präsident. Hinzu kommen 14.000 Polizeibeamte, die in unmittelbarer Nähe der Veranstaltung stationiert werden müssen. Außerdem werden etwa 4.000 Medienvertreter zu erwarten sein. Diese Aufgaben erfordern logistische Höchstleistungen. Dies in der relativ kleinen, im Innenstadtbereich kleinteilig bebauten Stadt Baden-Baden mit schwierigen Verkehrsverhältnissen schon bei kleineren Ereignissen: Die Frage scheint berechtigt, ob die Stadt an der Oos für ein derartiges Großereignis überhaupt geeignet ist.

Funktionierender Nah- und Flugverkehr trotz erheblicher Behinderungen?

Klar ist, dass es in "Zwiebelschichten" abgestufte Sperrgebiete geben wird. Ein innerer Kreis wird sichtbar abgegrenztes absolutes Sperrgebiet sein. Kein Bürger wird auf sichtbare Reichweite herankommen. Ein etwaiger "Obama-Tourismus", um "einmal den amerikanischen Präsidenten sehen" zu können, wird also nicht möglich sein. Darum herum wird es einen zugänglichen Bezirk geben, der aber von Beeinträchtigungen betroffen sein wird. Die Polizei wird mit Bewohnern und Geschäftsleuten innerhalb dieses Bereichs Kontakt aufnehmen, um die Maßnahmen abzustimmen.

Trotz aller Schwierigkeiten will die Polizei den öffentlichen Nahverkehr weiter funktionieren lassen, was am zentral gelegen Leopoldplatz zu erheblichen Problemen führen könnte. "Der Normalbürger wird sich bewegen können, auch in der Innenstadt", so Wintermantel. Auch der Flugverkehr am Baden-Airpark mit im Sommerfahrplan über 20 Starts und Landungen am Tag soll möglich bleiben.

Noch viel zu tun

Man will zu diesem Anlass eine gute Kommunikation zwischen Bürger und Polizei gewährleisten. Zu diesem Zweck wird noch eine eigene Internetseite sowie ein Bürgertelefon eingerichtet werden, über die man sich direkt informieren kann. Nach jetzigem Stand scheint noch sehr viel Kommunikation auf allen Ebenen vonnöten zu sein.